Antrag	Vorlage-Nr: VO/2021/6462-01 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Bürgern virtuelle Teilnahme an Sitzungen des Rates und der Ausschüsse ermöglichen - Antrag der UWG/UFO-Ratsgruppe / Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Beratungsfolge:

Gremium	Datum	Sitzungs-art	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Verwaltungsausschuss	09.02.2021	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	09.02.2021	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

~~Dem Start der live-Übertragung von Sitzungen des Rates und der Ausschüsse steht jetzt nichts mehr im Wege. Die technischen Voraussetzungen wurden geschaffen und der rechtliche Rahmen gesetzt. Verwaltung und Politik haben in den virtuellen Bürgerforen und Ausschusssitzungen positive praktische Erfahrungen gesammelt.~~
~~Daher möge der Rat beschließen:~~
~~Es wird unverzüglich mit der Liveübertragung der Sitzungen für Bürger aus Ausschüssen und Rat begonnen. Lücken in der Übertragung, die durch Widersprüche einzelner Ausschuss- und Ratsmitglieder gegen die Übertragung entstehen können, werden in Kauf genommen.~~

Der Rat begrüßt die Liveübertragungen aus den Sitzungen der Ausschüsse und des Rates, beauftragt aber die Verwaltung, technische Voraussetzungen zu schaffen, um eine qualitativ hochwertige Liveübertragung aus den Fachausschüssen zu ermöglichen, und alle rechtlichen Fragen umfassend zu klären.
Wir fordern die Verwaltung daher auf, ein umfassendes Konzept vorzulegen, das u. a. folgende Punkte regelt:

- Kameraführung (z. B. zoomen),
- Blickwinkel der Kameras (im Ratssitzungssaal sowie in allen anderen Sitzungsräumen),
- Aufzeichnung und Speicherung von Sitzungen,
- Fokussierung auf den aktuellen Redner,
- Sicherstellung, dass Ratsmitglieder, die nicht gefilmt werden möchten, nicht gefilmt werden,
- eine ausgewogene Darstellung einzelner Ratsmitglieder,
- die Möglichkeit für Ratsmitglieder kundzutun, dass eine Übertragung unterbrochen wird – im Falle von Videokonferenzen muss hier sichergestellt sein, dass die Konferenz fortgesetzt, aber nicht nach außen übertragen wird,
- Bürgern die Teilnahme an Sitzungen nicht verwehrt wird, weil sie nicht gefilmt werden möchten,
- die technische Ausstattung ausreichend ist, um eine reibungslose Übertragung zu ermöglichen,
- eine größtmögliche Anzahl von Teilnehmern bei Videokonferenzen auf dem Bildschirm erscheint und sämtliche Ausschussmitglieder gleichzeitig übertragen werden,
- Gewährleistung, dass mobile Geräte (Handys oder Laptops) sowie schriftliche Unterlagen der Ratsmitglieder von der Kamera nicht übertragen werden.

Begründung:

Nur eine verlässliches, rechtlich abgesichertes Konzept - etwa so wie im Bundestag - schützt vor ständiger Diskussion und Kritik. Auch die Außendarstellung der Stadt im Netz und deren Ausschüsse ist ein entscheidender Imagefaktor, der nicht zu unterschätzen ist. Deshalb sollte kurzfristig ein Konzept vorgelegt werden, dass im zuständigen Ausschuss beraten wird.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s zentrale/s Handlungsfeld/er:

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender